



Interviews

Datum: 16. Februar 2022

Sarah Zerback im Gespräch mit Egon Ramms, General a.D.

Sarah Zerback: Ich erinnere mich noch gut daran, was unser Gesprächspartner, der frühere NATO-General Egon Ramms, zu Beginn des Krieges geantwortet hat auf die Frage, ob die Bundeswehr denn nun in der Lage wäre, Deutschland zu verteidigen. Das war ein klares Nein. In der Zwischenzeit ist viel passiert: Der Bundeskanzler hat die Zeitenwende in der deutschen Sicherheitspolitik verkündet, die Bundesregierung ein gigantisches Aufrüstungsprogramm auch, das 100 Milliarden Sondervermögen – Top Thema auf der Bundeswehrtagung gerade in Berlin, wo es auch um eine kritische Bestandsaufnahme geht. Jetzt ist das auch unser Thema mit dem ehemaligen Vier-Sterne-General Egon Ramms. Guten Morgen.

Egon Ramms: Guten Morgen, Frau Zerback.

Zerback: Sieben sehr ereignisreiche Monate später nun – wie fällt denn Ihre Antwort jetzt auf die Frage aus? Wäre die Bundeswehr im Ernstfall in der Lage, Deutschland zu verteidigen?

Ramms: Wir müssen da unterscheiden zwischen Bündnisverteidigung und Landesverteidigung. Wenn wir, wie damals der General Maisch, der Inspekteur des Heeres auch, über Landesverteidigung reden, hat sich an dieser Antwort nichts geändert. Sie bleibt bei Nein. Und auch die Aussagen von Herrn Wüstner sind richtig. Die 100 Milliarden Sondervermögen haben bisher keine Auswirkungen. Das heißt, der Zustand der Bundeswehr ist so, wie er vor sieben Monaten auch war.

Zerback: Was Herr Wüstner auch sagt ist, dass es in Zukunft 75 Milliarden pro Jahr bräuchte, um gut ausgerüstet und einsatzfähig zu sein. Unterstreichen Sie auch das?

Ramms: Herr Wüstner orientiert sich bei dieser Aussage an den berühmten zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts, der NATO-Verpflichtung, die die Bundesrepublik Deutschland eingegangen ist. Ich formuliere das mal etwas vorsichtiger. Wir haben jetzt zurzeit etwas über 50 Milliarden und wir müssen, selbst wenn wir das Sondervermögen aufgebraucht haben, bis etwa 2027 dann den Haushalt irgendwo über 70 Milliarden pro Jahr liegen haben. Von daher: Da gibt es keinen großen Unterschied zwischen André Wüstner und mir.

Zerback: Die Verteidigungsministerin Lambrecht hat gestern der Lieferung von Panzern an die Ukraine eine weitere Absage erteilt, auch mit dem Argument, wir können da nicht mehr schwere Waffen liefern, um im Verteidigungsfall nicht leer dazustehen. Da widerspricht zum Beispiel der NATO-Generalsekretär Stoltenberg und sagt, doch, könnt ihr. Die Frage an Sie: Könnten wir und sollten wir?

Ramms: Wir müssen jetzt unterscheiden zwischen den Beständen der Bundeswehr, und wenn wir über den sehr oft genannten Kampfpanzer Leopard II reden, dann haben die Bundeswehrstrukturen nicht die Anzahl von Kampfpanzern, die sie brauchen, um die Truppenteile, die damit ausgerüstet sein sollten, entsprechend auszustatten. Aber ich möchte noch mal darauf hinweisen, dass wir ja bei verschiedenen Industriefirmen auch noch Bestände des Kampfpanzers Leopard I haben und auch des Schützenpanzers Marder haben. Diese Industriefirmen haben angeboten, diese Kampfpanzer an die Ukraine abzugeben. Sie haben nach meinem Kenntnisstand im Mai bereits die entsprechenden Exportgenehmigungsanträge gestellt und diese sind bisher nicht genehmigt worden von der Bundesregierung, und diese Genehmigung erfolgt schlussendlich im Kanzleramt. Von daher: Das ist eine etwas merkwürdige Situation. Wenn man über diese ehemaligen Bestände der Bundeswehr redet, dann geht es zweifelsohne. Bei dem anderen muss genauer hingesehen werden.

Zerback: In einer ähnlichen Kategorie ist vielleicht auch die Kritik des ukrainischen Präsidenten, der gestern gesagt hat, dass derzeit vor allem Luftabwehrsysteme benötigt würden und es da ja auch Zusagen aus Deutschland gibt und auch aus den USA. Die seien aber noch nicht da. Wie erklären Sie sich das denn, dass da nichts ankommt?

Ramms: Was die Amerikaner angeht, kann ich diese Frage nicht beantworten, denn nach meinem Kenntnisstand haben die Amerikaner Flugabwehrsysteme einschließlich der Fähigkeit zur Raketenabwehr, die sie durchaus abgeben könnten. Die Bundesrepublik ist in diesem Fähigkeitsbereich, die Bundeswehr ist in diesem Fähigkeitsbereich absolut blank, hätte ich beinahe gesagt, mit Ausnahme einiger Einheiten der Luftwaffe, die wir aber selber benötigen, wobei die zum Teil auch an der Ostflanke bereits eingesetzt sind. Das darf man auch nicht vergessen.

Die Ukraine hat 30 Flakpanzer Gebhard bekommen. Das ist zumindest eine Waffe für den näheren Bereich zur Flugabwehr. Zugesagt worden ist ihr von der Bundesregierung IRIS T. Dieses Waffensystem gibt es im Prinzip bisher noch nicht; das muss gebaut werden. Und wenn es fertig ist, wird es vermutlich auch dann direkt – so nehme ich an und hoffe ich – an die Ukraine geliefert.

Zum grundsätzlichen Thema Waffenlieferungen vertrete ich eine etwas andere Auffassung als die Bundesregierung. Ich bin der Auffassung, dass wir der Ukraine alles liefern sollten, was wir ermöglichen können – einfach aus dem Grunde, weil auch unsere Freiheit, unsere Rechtsstaatlichkeit, unsere Demokratie in der Ukraine verteidigt wird, und wir sollten ein Interesse daran haben, dass die Ukraine diese Verteidigung erfolgreich durchführt.

Zerback: Wie wichtig wäre denn zum Beispiel der deutsche Leopard II oder der Schützenpanzer Marder, um die es jetzt geht in den Forderungen aus Kiew, für die weitere Rückeroberung der besetzten Gebiete in der Ukraine?

Ramms: Für die Rückeroberung der besetzten Gebiete in der Ukraine müssen die ukrainischen Truppenteile dazu befähigt sein, dass sie eine bewegliche Gefechtsführung machen können. Nun will ich mal den Druck ein bisschen bei dem Thema Leopard II rausnehmen. Ich hatte ja gerade schon Leopard I erwähnt. Der Panzer dient vorrangig für den Schutz der Soldaten, die mit dem Panzer bewegt werden. Die Waffe leistet einen weiteren Beitrag dazu, das ist alles richtig, aber man sollte dieses Thema Kampfpanzer nicht so hochhängen, egal ob Leopard I oder Leopard II.

Noch mal: Für die bewegliche Gefechtsführung, für die Rückeroberung der Gebiete – und das muss erfolgen in beweglicher Gefechtsführung – sind diese Geräte ausgesprochen wichtig.

Zerback: Stattdessen gibt Deutschland ja – das wurde gestern angekündigt – weitere Raketenwerfer und geschützte Truppentransporter ab. Das ist die neue Nachricht. Wie sehr unterstützen wir denn mit diesem Gerät die Ukraine in dieser aktuellen Phase des Krieges?

Ramms: Diese Raketenwerfer sind sicherlich ein wichtiges Gerät, ein wichtiges Artilleriegerät, mit dem man auf größere Entfernung auch sehr präzise sehr schießen kann. Von daher: Das ist eine gute Sache. Nur die Stückzahlen, die wir dort bisher abgegeben haben, und die Stückzahlen, die die Ukraine als Ganzes hat, sind sehr gering. Die gleiche Aussage gilt für den amerikanischen HIMAS. Die Dingo-Fahrzeuge haben wir mal beschafft für die Einsätze in Afghanistan. Ja, sie bieten Panzerschutz, sie sind recht gut auch gegen Minen und dergleichen. Von daher: In Ordnung. Ja, es gäbe aber auch hier in diesem Bereich bessere Fahrzeuge, die auch einen besseren Schutz bieten. Da gehört unter anderem dann auch der Marder mit dazu.

Zerback: Wie sehr hängt denn von westlichen Waffenlieferungen ab, ob die aktuellen Erfolge der ukrainischen Armee zu einem echten Wendepunkt in diesem Krieg werden können?

Ramms: Ich möchte das mal etwas anders anfassen. Die Ukraine ist selbst von ihrer Industrieproduktion her nicht mehr in der Lage, ihre Truppenteile entsprechend auszurüsten und auszustatten. Das heißt, die Ukraine ist zwingend angewiesen auf die Waffenlieferungen aus dem Westen. Das schließt alle Staaten, europäische Staaten, die Vereinigten Staaten von Amerika, Kanada, aber auch Deutschland ein. Das heißt, wenn diese Waffen nicht geliefert werden, oder wenn diese Waffen nicht ankommen, dann ist letztendlich die Niederlage der Ukraine auf ihrem eigenen Territorium vorprogrammiert. Das heißt, ich sehe das als einen absoluten Zwang, auch aufgrund der Zusagen der Bundesregierung, die Ukraine in dieser Richtung weiter und schnell zu unterstützen.

Zerback: Dass es da nun keine weiteren Panzerlieferungen geben soll, das begründet der Bundeskanzler immer wieder damit, dass er Alleingänge ausschließen will. Das sei so mit den Partnern vereinbart. Das hat gestern auch noch mal die Bundesverteidigungsministerin ergänzt. Dass es solche Vereinbarungen aber gibt, haben inzwischen schon mehrere Staaten dementiert, darunter auch die US-Botschaft in Berlin. Ist die Bundesregierung dazu willens und in der Lage, das zu tun, oder wie machen Sie sich einen Reim auf diese, ja doch auseinanderdividierenden Aussagen?

Ramms: Ich möchte mich zunächst mal auf die ganz unmittelbar zurückliegenden Aussagen vom Außenminister Blinken und der amerikanischen Botschafterin Gutmann konzentrieren. Nach diesen Aussagen ist eindeutig klar – Jens Stoltenberg gehört mit dazu -, dass Deutschland das letztendlich selber entscheiden kann. Es kann das sofort entscheiden.

Zweiter Punkt, den ich anmerken möchte: Es gibt ja etliche andere Staaten, die zwar keine modernen westlichen Kampfpanzer geliefert haben, aber Kampfpanzer T72 geliefert haben, wie Polen in großer Stückzahl, mehr als 300. Wenn jetzt jemand anfängt, von roten Linien zu sprechen, oder davon zu sprechen, dass man das alles nur gemeinsam mit den Alliierten abstimmen kann, und dergleichen mehr, dann sage ich, jawohl, Abstimmung ist gut, aber es sollte letztendlich nicht eine entsprechende Entscheidung verhindern.

Zerback: Gestern, wo Sie die roten Linien ansprechen, hat Russland an diversen Stellen einmal mehr vom Überschreiten roter Linie gewarnt und auch entsprechende Konsequenzen angedroht, zum Beispiel Richtung Deutschland, wenn da mehr Waffen geliefert würden, aber auch, wenn die USA reichweitenstärkere Waffen liefern. Ist das eine typische Drohhgebärde, die wir schon oft gehört haben, oder sehen Sie darin eine echte Gefahr?

Ramms: Das muss sicherlich sorgfältig beurteilt werden, aber ich ordne das selber in den Bereich der Drohgebärden ein. Und den Amerikanern in dieser Richtung zu drohen, wenn sie HIMAS-Raketen mit weiterer Reichweite liefern sollten, das halte ich für einen schlechten Scherz, schlicht und einfach formuliert.

Russland muss endlich mal begreifen, dass Russland in dieser Richtung bei der Unterstützung der Ukraine, aber auch in vielen anderen politischen Bereichen dem Westen keine Vorgaben machen darf. Der Westen hat Russland nicht angegriffen, sondern Tatsache ist, dass die Russen die Ukraine angegriffen haben in einem sehr verbrecherischen und völkerrechtswidrigen Krieg. Von daher müssen diese Drohungen aufhören, denn mit Leuten, die einem drohen, kann man sich auch später nicht an Verhandlungstische setzen.

Zerback: Das ist ein wichtiges Thema und hinter dieser Einsicht muss wahrscheinlich aktuell noch ein dickes Fragezeichen gesetzt werden. Gestern haben der US-Generalsekretär Guterres und Russlands Präsident Putin telefoniert und Guterres hat danach gesagt, er sehe jetzt keine Hoffnung, dass man sich bald zusammen an einen Tisch setzt und baldige Friedensverhandlungen zwischen Kiew und Moskau beginnen könne. Wie ist da Ihre Einschätzung?

Ramms: Vergessen wir dabei das Telefongespräch des Bundeskanzlers mit Wladimir Putin nicht mit den unterschiedlichen Wiedergaben, und man muss ja feststellen, dass der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Guterres, eine ausgesprochen wichtige Persönlichkeit im politischen Leben mit einer sehr wichtigen Rolle ist. Wenn dieser Mann sich mit Putin unterhält und dann anschließend mit einer so deprimierenden Aussage aus diesem Gespräch rausgeht, dann ist das schon erschreckend.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.